

**abgeschlossen am  
23. Mai 2002**

	<u>Seite</u>
<b>1. Streit um Reaktion der Administration auf Terror-Vorwarnungen</b>	<b>1</b>
<b>2. Congress stellt sich hinter Israel</b>	<b>3</b>
<b>3. Kabinettsrang für Direktor des Office of Homeland Security gefordert</b>	<b>4</b>
<b>4. Repräsentantenhaus für verstärkte nukleare Kooperation mit Russland</b>	<b>5</b>
<b>5. Repräsentantenhaus verabschiedet Sozialhilfereform</b>	<b>6</b>
<b>6. Repräsentantenhaus verabschiedet Verteidigungsgenehmigungsgesetz 2003</b>	<b>7</b>
<b>7. Bush unterstützt gesetzliche Gleichstellung psychischer Behandlung</b>	<b>8</b>
<b>8. Medikamenten-Zusatzversicherung für Senioren erneut verzögert</b>	<b>9</b>

**5/2002**

## 1. Streit um Reaktion der Administration auf Terror-Vorwarnungen

Zwischen Mitgliedern des Congress und Vertretern der Administration ist Mitte Mai 2002 eine heftige Debatte um das Versagen der US-amerikanischen Terror-Abwehr entbrannt, die die katastrophalen Anschläge vom 11. September 2001 nicht hatte vereiteln können. Die Administration hat in ungewöhnlich scharfer Form auf kritische Fragen aus dem Congress zum Umgang mit Geheimdienstinformationen über Aktivitäten von Terroristen aus dem El Kaida-Umfeld reagiert.

Der unmittelbare Auslöser des harten Schlagabtauschs war das Eingeständnis des Pressesprechers des Weißen Hauses, Ari Fleischer, dass dem Präsidenten vor den September-Anschlägen eine Warnung vor Flugzeugentführungen durch El Kaida-Mitglieder vorgelegen habe. Der Präsident habe eine routinemäßige Erhöhung der Sicherheitsvorkehrungen veranlasst. Für weitergehende Schritte habe es keine hinreichende Informationsgrundlage gegeben.

Mitglieder beider Parteien, aber vor allem die demokratischen Fraktionsführer in Senat und Repräsentantenhaus, Tom Daschle (S.D.) und Richard Gephardt (Missouri), forderten in der Folge umfassende Aufklärung über den Stand der Information des Weißen Hauses über Terror-Aktivitäten und die eingeleiteten Sicherheitsmaßnahmen. In der Medienberichterstattung wurde über die Möglichkeiten der Verhinderung der Anschläge spekuliert und vereinzelt kam es zu Schlagzeilen wie die der *New York Post*, dass "Bush wusste" ("Bush knew"), dass solche Anschläge unmittelbar bevorstanden.

Hochrangige Regierungsvertreter und Präsidentenberater wie Richard Cheney und Condoleeza Rice, Präsident Bush selbst und sogar die Präsidentengattin Laura Bush traten den Spekulationen massiv entgegen und wiesen kritische Fragen als unpatriotisch und sicherheitsgefährdend zurück. Den Demokraten warfen sie offen parteitaktischen Umgang mit den nicht gerechtfertigten Vermutungen vor.

Doch die parteipolitische Konkurrenz unter den Vorzeichen der Congress-Wahlen im November 2002 ist nur ein Aspekt der rhetorischen Breitseiten, die wachsende Nervosität und Frustration auf allen Seiten andeuten. Unter den namentlich kritisierten Congress-Mitgliedern befand sich auch Senator Richard C. Shelby (Alab.), der führende Vertreter der republikanischen Minderheit im *Senate Intelligence Committee*.

Kaum weniger wichtig als das Ringen um Wählerstimmen sind die institutionellen Rivalitäten zwischen Congress und Administration sowie die drängenden Sachfragen um die Fehlleistungen der Geheimdienste in der Terrorbekämpfung, die unter dem unmittelbaren Eindruck der Anschläge auf die Twin Towers und das Pentagon in den Hintergrund gedrängt worden sind.

Die Republikanische Partei setzt unverhohlen darauf, die anstehenden Wahlen mit Hilfe der Aura des Präsidenten als Garant innerer wie äußerer Sicherheit zu gewinnen.

Bushs nach wie vor hohe Popularität gilt dabei als das zentrale Bindeglied der Strategie, die konservative Basis mit Erfolgen in der Steuer- und Sicherheitspolitik befrieden und zugleich Wechselwähler mit Initiativen in der Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik umwerben zu können.

Die republikanischen Politikstrategen diskutieren allerdings seit mehreren Monaten, wie zu verhindern ist, dass das als unvermeidlich angesehene langsame Abbröckeln der Zustimmung der Öffentlichkeit zu Präsident Bushs Amtsführung, die nach dem 11. September in sehr große Höhen geschossen ist, zu einem tiefen Einbruch führt. Die Erfahrungen von Präsident George H. W. Bush, der nach den Erfolgen im Golf-Krieg die Wahlen 1992 verlor, liefern hierfür das '*worst-case-scenario*'.

Die Demokraten sehen sich umgekehrt mit dem Problem konfrontiert, sich als Opposition profilieren zu müssen, ohne von der patriotischen Welle der Loyalität gegenüber dem Präsidenten in Krisenzeiten erdrückt zu werden. Ihre Strategie, mit der anhaltenden Wirtschaftsschwäche wie sozial- und gesundheitspolitischen Defiziten eine breite Wählerkoalition zu mobilisieren, hat angesichts der Dominanz außen- und sicherheitspolitischer Themen bisher wenig Erfolg gezeitigt.

Doch die anhaltenden Nachfragen und Aufklärungsforderungen aus den Reihen der republikanischen Congress-Fraktionen zeigen, dass Ansprüche der Legislative auf Mitsprache in der Gestaltung der Sicherheitspolitik eine bedeutende Rolle in der aktuellen Kontroverse spielen (vgl. auch CR 3/2002, S. 2). Die von George Bush schon im Wahlkampf 2000 vertretene Forderung, das in den zurückliegenden Jahrzehnten zunehmend geschwächte Präsidentenamt gegenüber dem Congress wieder zu stärken, stößt unter Republikanern nicht auf vorbehaltlose Zustimmung.

Informationen über Berichte und Untersuchungen der Geheimdienste wie der Bundespolizei, die Hinweise auf terroristische Aktivitäten boten, aber nicht konsequent ausgewertet und weiter verfolgt worden sind, haben vielmehr unter demokratischen wie republikanischen Congress-Mitgliedern die Überzeugung bekräftigt, dass eine öffentliche Debatte um die Reform der Sicherheitsdienste notwendig ist.

Die Senatoren Joseph I. Lieberman (D-Conn.) und John McCain (R-Ariz.) haben gemeinsam eine Vorlage eingebracht, die die Einsetzung einer überparteilichen Kommission zur Untersuchung der Arbeit der Sicherheitsdienste vorsieht. Im Repräsentantenhaus will Tim Roemer (D-Ind.) einen entsprechenden Vorschlag ausarbeiten.

*Senate Majority Leader* Tom Daschle unterstützt den Vorstoß von Lieberman und McCain, obwohl Präsident Bush ebenso wie die republikanischen Parteiführungen um *Senate Minority Leader* Trent Lott (Miss.) und *Speaker* Dennis Hastert (Ill.) eine solche Untersuchungskommission entschieden ablehnen.

## 2. Congress stellt sich hinter Israel

Repräsentantenhaus und Senat haben sich am 2. Mai 2002 hinter Israel und Ariel Sharrons umstrittene Militärpolitik in der West Bank und im Gaza-Streifen gestellt und diese als „einen gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus“ bezeichnet (*House Resolution 392, Senate Resolution 247*).

Die symbolischen, weil nicht bindenden Resolutionen, wurden mit 352:21 Stimmen im Repräsentantenhaus und 94:2 Stimmen im Senat verabschiedet. Sie

- werfen der PLO und „Kräften, die unter Yassir Arafats Kontrolle stehen“, die Unterstützung des Terrorismus vor und
- fordern alle Parteien in der Region dazu auf, sich für einen umfassenden Frieden im Mittleren Osten einzusetzen;
- ermutigen die internationale Gemeinschaft zum Handeln mit dem Ziel, die humanitären Bedürfnisse des palästinensischen Volkes zu befördern.

Das Weißes Haus kritisierte das Votum des Congress als Einmischung in die Politik des Präsidenten (vgl. auch CR 4/2002, S. 3). „Der Congress“, so Ari Fleischer, der Sprecher des Weißen Hauses, „hat das Recht, kein Blatt vor den Mund zu nehmen.“ Dennoch, so Fleischer, kann Außenpolitik nicht von „535 verschiedenen Außenministern“ gemacht werden. Ähnlich äußerte sich Anfang Mai auch Außenminister Colin L. Powell in einem Brief an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Senat, Joseph R. Biden (D-Del.), als er vor den „negativen Auswirkungen“ der Vorstöße des Congress auf den Friedensprozess im Nahen Osten warnte.

Allerdings scheint dies die pro-israelischen Stimmen im Congress nicht wirklich beeindruckt zu haben. So ist im Senat eine Gesetzesinitiative von Dianne Feinstein (D-Cal.) und Mitch McConnell (R-Ky.) anhängig, die darauf abzielt, die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Palästinensischen Autonomiebehörde abzubauen.

Im Repräsentantenhaus haben *Majority Leader* Dick Armey (R-Texas) und Eliot L. Engel (D-N.Y.) eine Vorlage eingebracht, die die Administration zu Sanktionen gegenüber Syrien verpflichten würde, solange die Regierung in Damaskus ihre Unterstützung des Terrorismus nicht beendet und das Embargo gegen den Irak weiter verletzt.

Im Senat wiederum arbeitet Sam Brownback (R-Kan.), Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, an einer Gesetzesvorlage, die die Vergabe von Auslandshilfeszahlungen an Ägypten mit der „Unterstützung des Friedensprozesses im Nahen Osten“ verknüpfen würde.

Gleichzeitig mehren sich in beiden Kammern diejenigen Stimmen, die die Rolle Yassir Arafats als „echten Partner für den Frieden“ in Frage stellen. Während beispielsweise Senator Joseph I. Lieberman (D-Conn.), der Israel traditionell unterstützt, davor warnte, im Friedensprozess auf Arafat verzichten zu wollen, sprach sein Senatskollege Jon Kyl (R-Ariz.) schon vom politischen Ende des Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde. Es bleibt nun abzuwarten, ob es der Bush-Administration gelingen wird, die Sanktionsbestrebungen im Congress einzudämmen, die die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Nahostpolitik in den Augen der arabischen Welt empfindlich beschädigen könnten.

### 3. Kabinettsrang für Direktor des Office of Homeland Security gefordert

Im Congress hat Anfang Mai 2002 eine überparteilich zusammengesetzte Gruppe von Senatoren und Mitgliedern des Repräsentantenhauses einen Vorstoß unternommen, der darauf abzielt, ein für die Terrorismusabwehr nach innen zuständiges Ministerium (Homeland Security Department) mit einem Minister an der Spitze zu schaffen (S 2452, HR 4660). Danach sollen Behörden wie

- *Federal Emergency Management Agency, Border Patrol, Coast Guard, U.S. Customs Service, Teile des Federal Bureau of Investigation (FBI) und das Handelsministerium* in einem neuen Ressort zusammen gefasst werden.

Ziel ist es, nicht nur die Abstimmung zwischen den verschiedenen Behörden in Bereich der Terrorismusabwehr nach innen zu erhöhen, sondern vor allem auch die Kommunikation zwischen Legislative und Exekutive im Bereich *Homeland Security* merklich zu verbessern. In den vergangenen Wochen und Monaten war es zwischen dem von Präsident Bush nach den Terrorangriffen des 11. September zum ‚*Homeland Czar*‘ ernannten Tom Ridge immer wieder zu Spannungen gekommen, weil der sich geweigert hatte, offiziell vor dem Congress über seine Arbeit Auskunft zu geben (vgl. auch CR 3/2002, S. 3). Ridge begründete seine Haltung damit, dass er keinen Kabinettsrang besitzt und seine durch eine *Executive Order* des Präsidenten geschaffene Behörde direkt dem Weißen Haus unterstellt ist.

Dies hatte ihm (und Präsident Bush) den Vorwurf der mangelnde Konsultations- und Kooperationsbereitschaft mit dem Congress eingetragen und zu erheblichen überparteilichen Verstimmungen im Capitol geführt. So erklärte Senator Robert C. Byrd (D-W.Va.), der Vorsitzende des Bewilligungsausschusses im Senat und einer der entschiedensten Hüter der verfassungsmäßigen Rechte des Congress, mit Blick auf Ridges obstinate Haltung, dass „die Amerikaner wie Dummköpfe behandelt würden.“ Durch die Schaffung eines Ministeriums mit einem Fachminister an der Spitze, dessen Ernennung nach Artikel II, Abschnitt 2 der Verfassung der Zustimmung durch den Senat unterliegt, soll das verfassungspolitische Gleichgewicht zwischen Legislative und Exekutive im Bereich der Terrorismusabwehr nach innen nun wieder hergestellt werden.

#### 4. Repräsentantenhaus für verstärkte nukleare Kooperation mit Russland

Das Repräsentantenhaus hat sich am 9. Mai 2002 im Rahmen seiner Verabschiedung des *National Defense Authorization Act* für das Haushaltsjahr 2003 in einem Zusatz dafür ausgesprochen, die nukleare Kooperation mit der Russischen Föderation weiter zu vertiefen.

Die Entscheidung, die mit 362:53 Stimmen getroffen wurde, steht in Zusammenhang mit dem nuklearen Abrüstungsvertrag, auf den sich Präsident Bush und sein russischer Amtskollege Putin geeinigt haben und der am 24. Mai 2002 unterzeichnet werden soll. Das Repräsentantenhaus wertet den Vertrag, der eine Verringerung der Zahl der einsatzbereiten Nuklearsprengköpfe auf jeweils 1.700 bis 2.200 bis zum Jahr 2012 vorsieht, als Beginn einer „neuen Ära in der nuklearen Kooperation“ beider Länder.

Gleichwohl ist die Kammer offensichtlich über Geheimdienstberichte beunruhigt, denen zufolge sich Russland auf die Wiederaufnahme von Atomwaffentests vorbereitet. Entsprechend unterstreicht das Repräsentantenhaus die Bedeutung zunehmender Transparenz im Hinblick auf die nuklearen Waffenprogramme der USA und Russlands. So

- sollen Wissenschaftlergruppen beider Staaten das frühere russische Atomtestgelände in Novaya Zemlya und das amerikanische in Nevada besuchen dürfen;
- soll die Kooperation bei der Überwachung der nuklearen Sprengkopffarsenale verbessert und
- eine *Joint Commission on Non-Proliferation* ebenso wie eine *Joint Commission on Cooperation on Missile Defense* eingerichtet werden.

Ziel muss aus Sicht des Repräsentantenhauses eine starke bilaterale Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Russland sein. In diesem Zusammenhang betonte die Kammer, dass die Vereinigten Staaten auf Schritte verzichten sollten, die auf die „Entwicklung“ neuer Nuklearsprengköpfe mit geringer Sprengkraft hinzielen (Abschnitt 3146 der Entwurfsvorlage zum *National Defense Authorization Act 2003*).

Das Verteidigungsministerium hatte im Rahmen des *Nuclear Posture Review* den Wunsch nach größerer Flexibilität im substrategischen Bereich geäußert. Während das Repräsentantenhaus auf die Entwicklung neuer Atomwaffen mit einer Sprengkraft von bis zu 5 Kilotonnen ausdrücklich verzichten will, sollen sogenannte Machbarkeitsstudien allerdings durchgeführt werden können.

Fachleute haben darauf hingewiesen, dass die Vereinigten Staaten im Rahmen des neuen Abrüstungsvertrages mit Russland zwar die Zahl ihrer strategischen Nuklearsprengköpfe bis zum Jahr 2012 um etwa 60 Prozent verringern werden. Allerdings sollen die (etwa 4.000) Sprengköpfe nicht gänzlich abgerüstet, sondern lediglich deaktiviert und einer Art strategischer Reserve zugeführt werden, was mit dem Wunsch

nach Flexibilität begründet wird. Diese Vorgehensweise dürfte sehr robuste Verifikationsmaßnahmen erforderlich machen. Entsprechend werden vor allem sehr komplexe (und mit Blick auf die nationale Sicherheit hoch sensitive) Vorort-Überwachungsmaßnahmen für die einsatzfähigen, bzw. aufgestellten Nuklearsprengköpfe beider Staaten auszuarbeiten sein.

Ob das Beharren der Bush-Administration auf einer Art nuklearstrategischer Reserve im Rahmen des neuen Abrüstungsvertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Russland das richtige Signal für den weltweiten nuklearen Abrüstungsprozess und die Stärkung des Non-Proliferationsregimes ist, bleibt umstritten. Darüber hinaus bleibt abzuwarten, inwieweit der Wunsch des Pentagons nach Flexibilisierung im strategischen Bereich Stimmen auf den Plan rufen wird, die dem Ende des amerikanischen nuklearen Teststopps das Wort reden werden.

## **5. Repräsentantenhaus verabschiedet Sozialhilfereform**

Das Repräsentantenhaus hat mit den Stimmen der republikanischen Mehrheit am 16. Mai 2002 eine Gesetzesvorlage zur Fortschreibung des Familien-Sozialhilfeprogramms TANF (Temporary Assistance for Needy Families) angenommen, die sich weitgehend an den Vorschlag der Bush-Administration anlehnt (vgl. CR 4/2002, S. 7).

Für die Annahme des Gesetzesentwurfs stimmten 229 Abgeordnete, darunter 14 Demokraten, gegen sie 197 Abgeordnete, darunter 4 Republikaner.

Die Vorlage sieht vor, die Bundeszuschüsse an die Einzelstaaten für die Familien-Sozialhilfe auf dem 1996 beschlossenen Niveau von 16,5 Mrd. USD jährlich festzuschreiben. Parteipolitisch umstritten sind aber vor allem Bestimmungen, die

- eine Erhöhung des Anteils der Leistungsbezieher, die an Arbeits-, Trainings- und Bildungsangeboten teilnehmen, von bisher 50 auf 70 Prozent sowie
- die Anhebung der Arbeits- und Qualifikationszeiten von bisher 30 auf 40 Stunden wöchentlich vorschreiben.

Republikanische Abgeordnete verteidigten die Verschärfungen der Bestimmungen als zweiten logischen Schritt im Anschluss an die 1996 beschlossene Strukturreform der Familien-Sozialhilfe. Die Befürchtungen der Gegner der Verschärfungen würden sich ebenso wenig bewahrheiten wie Prognosen einer steigenden Kinderarmut im Kontext der Reform von 1996.

Mitglieder der demokratischen Fraktion kritisierten die Änderungen angesichts der bisherigen Erfolge in der Reduzierung der Zahl der Sozialhilfeempfänger als unnötige Einschränkung der Handlungsspielräume der Einzelstaaten. Zudem verwiesen sie mit

Blick auf die angespannte Situation am Arbeitsmarkt auf mögliche Probleme in der Umsetzung der Bestimmungen.

Darüber hinaus fordern die Demokraten eine deutliche Erhöhung der Bundeszuschüsse für Kinderbetreuungsprogramme, um die von den Leistungsbeziehern geforderte Arbeitsaufnahme zu erleichtern. Gegenüber dem Vorschlag der Administration hat die Vorlage der republikanischen Fraktion die hierfür vorgesehenen Mittel bereits um 2 Mrd. USD auf 26 Mrd. USD bis 2007 erhöht, während die Demokraten eine Anhebung auf 35 Mrd. USD für notwendig halten.

Einen möglichen Kompromiss zur Schlichtung des zwischenparteilichen Streits um die Sozialhilfe zeichnet der Vorschlag einer Gruppe von Senatoren um John Breaux (D-La.), John D. Rockefeller (D-W.Va.) und Orrin Hatch (R-Utah) vor. Die Senatsvorlage übernimmt die Erhöhung des Anteils der Leistungsbezieher in Beschäftigungs- und Qualifikationsmaßnahmen auf 70 Prozent, belässt aber die geforderten Wochenstunden bei 30 und bietet zusätzliche Kinderbetreuungsmittel in Höhe von 8 Mrd. USD.

## 6. Repräsentantenhaus verabschiedet Verteidigungsgenehmigungsgesetz 2003

Das Repräsentantenhaus hat am 10. Mai 2002 seinen Genehmigungsgesetzentwurf für den Verteidigungshaushalt 2003 (*Fiscal Year 2003 Defense Authorization, House Resolution 4546*) verabschiedet. Die Entscheidung, die mit 359:58 Stimmen getroffen wurde, sieht einen Mittelansatz in Höhe von 383,4 Mrd. USD für das Pentagon vor. Das würde einer Ausgabensteigerung von 32,6 Mrd. USD gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr 2002 entsprechen. Zum Vergleich: Präsident Bush hatte Mehrausgaben in Höhe von 48,1 Mrd. USD für das Pentagon verlangt (vgl. CR 2/2002, S. 5).

Mit dem Votum des Repräsentantenhauses ist allerdings noch keine Entscheidung über die tatsächliche Ausgabenhöhe gefallen, da der Congress im Rahmen der *Defense Authorization* zunächst nur der Sache nach über die einzelnen Haushaltstitel entscheidet. Die faktische Ausgabenbewilligung wird dann im Rahmen der sogenannten *Defense Appropriation* vorgenommen.

Der Genehmigungsgesetzentwurf des Repräsentantenhauses, dem noch eine Entscheidung des Senats und die Abgleichung der haushaltspolitischen Vorstellungen beider Kammern im Vermittlungsausschuss folgen muss,

- lässt die Budgetanforderungen des Präsidenten zur Entwicklung und Stationierung eines Raketenabwehrsystems in Höhe von 7,8 Mrd. USD im Großen und Ganzen intact;
- hält am umstrittenen Artilleriesystem Crusader fest, obwohl sich Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld auf Grund „begrenzter Ressourcen“ schon vor der Abstimmung im Repräsentantenhaus gegen das Waffensystem ausgesprochen hatte;



- verzichtet auf einen von John Tierney (D-Mass.) eingebrachten Zusatz, der die Entwicklung weltraumgestützter Raketenabwehrkomponenten verboten hätte und mit 253:159 Stimmen abgelehnt wurde;
- enthält einen von Ron Paul (R-Tx.) eingebrachten Zusatz, der mit 264:152 Stimmen verabschiedet wurde und die Auffassung des Repräsentantenhauses zum Ausdruck bringt, dass keine im Rahmen der *Defense Authorization* genehmigten Mittel dazu verwendet werden dürfen, um mit dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) zu kooperieren. Präsident Bush hatte am 6. Mai 2002 den Rücktritt der USA zum IStGH erklärt, obwohl zwischenzeitlich mehr als 60 Staaten das Statut des Gerichtshofs ratifiziert haben.

Einzig das Festhalten des Repräsentantenhauses am *Crusader*-Artilleriesystem könnte zu einer Konfrontation mit dem Weißen Haus führen. Verteidigungsminister Rumsfeld pocht nach wie vor darauf, dass das Waffensystem mit einem Gesamtpreis von 11 Mrd. USD für einen anderen „strategischen Kontext“ entwickelt wurde und auf Grund der neuen Bedrohungslage absolut verzichtbar ist. Dagegen vertreten Befürworter wie C.W. Bill Young (R-Fla.), der Vorsitzende des Bewilligungsausschuss im Repräsentantenhaus, oder J. C. Watts (R-Okla.), in dessen Wahlkreis das Waffensystem gebaut wird, die Auffassung, dass ein Rüstungshaushalt mit einem Volumen von jährlich nahezu 400 Mrd. USD solche Streichungen nicht erforderlich macht.

## **7. Bush unterstützt gesetzliche Gleichstellung psychischer Behandlung**

Präsident Bush hat Ende April 2002 in einer Rede in Albuquerque (N.M.) seine Unterstützung für eine gesetzliche Regelung angekündigt, die die Behandlung psychischer Leiden mit denen anderer Krankheiten unter privaten Krankenversicherungen gleichstellt.

Bushs überraschende Ankündigung hat die Chancen einer von den Senatoren Pete V. Domenici (R-N.M.) und Paul D. Wellstone (D-Minn.) eingebrachten Gesetzesvorlage (*Mental Health Equitable Treatment Act of 2001*, S. 543) deutlich erhöht.

Der Senat hat die Domenici-Wellstone-Bill bereits Ende Oktober 2001 mit breiter Mehrheit verabschiedet. Die Annahme des Gesetzes scheiterte jedoch am Widerstand der republikanischen Führung im Repräsentantenhaus.

Die Gesetzesvorlage sieht vor, dass

- Leistungsbeschränkungen und Kostenbeteiligungen für die Behandlung psychischer Krankheiten nicht von den generellen Bestimmungen einer Krankenversicherungspolice abweichen dürfen, wobei allerdings
- Firmen mit unter 50 Beschäftigten ausgenommen bleiben sollen.

Nicht geregelt wird durch die Gesetzesvorlage, ob psychische Krankheiten durch eine Versicherung abgedeckt werden oder nicht.

Die Befürworter der Vorlage verweisen darauf, dass die gängige Praxis, durch knapp bemessene Ausgabenobergrenzen und hohe Zuzahlungen die Kosten der Behandlung von Krankheiten wie Depressionen, Schizophrenie oder posttraumatischem Stress-Syndrom weitgehend auf die Patienten abzuwälzen, grundsätzliche Fragen der Fairness aufwirft.

Die Gegner der vorgesehenen Leistungsausweitungen befürchten demgegenüber einen zusätzlichen Kostenschub, der zu generellen Einschränkungen des Versicherungsschutzes und steigender Nichtversicherung beiträgt.

Das *Congressional Budget Office* (CBO) schätzt die Mehrkosten bei Verabschiedung der Vorlage auf ca. 1 Prozent der Gesundheitsausgaben. Kritiker halten dagegen, dass die Erfahrungen der Einzelstaaten mit ähnlichen gesetzlichen Regelungen weit höhere Kostensteigerungen erwarten lassen.

Vertreter der Versicherungswirtschaft wie von Wirtschaftsverbänden haben aufgrund des Kostenpotenzials wiederum ihren vehementen Widerstand gegen die Verabschiedung des Gesetzes angekündigt, während Patienten- und Ärzteverbände auf Annahme drängen.

Präsident Bush hat seine Unterstützung des Gesetzesvorschlags im Rückgriff auf sein im Wahlkampf 2000 gegebenes Versprechen, als "unkonventioneller Republikaner" einen sozial engagierten Konservatismus (*compassionate conservatism*) zu vertreten, gerechtfertigt. Bush hat bereits als Gouverneur von Texas ein Einzelstaaten-Gesetz zur Gleichstellung psychischer Behandlungen unterzeichnet, dessen Reichweite allerdings auf eine Reihe schwererer Leiden beschränkt ist.

Inwieweit sich der Präsident in den Gesetzgebungsprozess einschalten will und welche Zugeständnisse er für seine Unterstützung gegebenenfalls erwartet, blieb bisher jedoch offen.

## **8. Medikamenten-Zusatzversicherung für Senioren erneut verzögert**

Unstimmigkeiten in der republikanischen Fraktion im Repräsentantenhaus über die Finanzierung einer Medikamenten-Zusatzversicherung für Senioren (*Medigap Insurance*) haben erneut zu einer Verzögerung der Beratung des Gesetzgebungsvorhabens geführt.

*Speaker* Dennis Hastert (R-Ill.) hatte zunächst angekündigt, dass die Anfang Mai 2002 eingebrachte Gesetzesvorlage der republikanischen Parteiführung noch bis Ende des Monats zur Abstimmung kommen solle, um so genügend Zeit für die Kompromiss-

---

aushandlung zwischen Repräsentantenhaus, Senat und Administration vor den Congress-Wahlen im November 2002 einzuräumen.

Der offene Widerstand von Abgeordneten des moderaten Flügels der Partei gegen die vorgesehene Finanzierung des Programms wie die Ausgestaltung der Leistungen haben jedoch den vorgegebenen Zeitplan in Frage gestellt und machen weitere parteiinterne Verhandlungen erforderlich.

In einem Schreiben an *Speaker* Hastert kritisierte eine Gruppe von 10 republikanischen Abgeordnete um John Sweeney (N.Y.) vor allem, dass ein Teil der zusätzlichen Ausgaben für Medikamente durch Einsparungen in den Medicare-Zahlungen für Krankenhäuser gedeckt werden sollen.

Der sich an Vorschläge Präsident Bushs anlehende Plan der Finanzierung durch Mittelumschichtungen wird von den betroffenen Leistungsanbietern entschieden abgelehnt. Sie verweisen darauf, dass die Kürzungen der Vergütungen in den letzten Jahren bereits die Schmerzgrenze überschritten hätten.

Als unzureichend gelten zudem die vorgesehenen Leistungen der Zusatzversicherung, die bei Ausgaben für Medikamente ab 250 USD bis zu ca. 2.000 USD jährlich nur Zuzahlungen zwischen 50 und 75 Prozent und eine vollständige Kostenübernahme erst ab 5.000 USD Jahresausgaben in Aussicht stellt. Ausgaben zwischen 2.000 USD und 5.000 USD sollen von den Patienten allein getragen werden.

Ein von den demokratischen Senatoren Bob Graham (Fla.) und Zell Miller (Ga.) eingebrachter Alternativvorschlag sieht eine vollständige Kostenübernahme bereits ab 4.000 USD jährlich vor und bietet Zuzahlungen unterhalb dieser Obergrenze ohne Deckungsrahmen. Die Gesamtkosten in den ersten 10 Jahren werden auf 400 bis 500 Mrd. USD geschätzt, während die republikanische Variante mit ca. 350 Mrd. USD zu Buche schlagen soll. Präsident Bush hat in seinem Budget-Vorschlag nur 190 Mrd. USD für die Zusatzversicherung reserviert.

Angesichts der Schwierigkeiten der Finanzierung und den weit auseinanderfallenden Vorstellungen zwischen Republikanern und Demokraten mehren sich die Stimmen, die die Chancen einer Verabschiedung des seit mehreren Jahren debattierten Vorschlags ungeachtet dessen breiter Popularität unter Wählern noch in der laufenden Legislaturperiode skeptisch betrachten.